

Presseerklärung zur Integration von Flüchtlingskindern

Der unverminderte Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland bedeutet für Bundesländer und Kommunen eine der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Geht es zunächst um eine existenzsichernde Erstaufnahme, so werden sehr bald Schulen jeglicher Prägung vor der Aufgabe stehen, eine übergroße Zahl an Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen und unterschiedlichster Vorbildung während des laufenden Schuljahres aufzunehmen und in angemessener Weise zu unterrichten. Das gilt auch für die Gymnasien. Vorrang hat dabei der Sprachunterricht, denn gute Deutschkenntnisse sind unerlässliche Voraussetzung für jede Form erfolgreicher Integration. **Die NDV unterstützt daher alle Maßnahmen, die geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen.**

Ebenso begrüßt die NDV die koordinierenden Bemühungen des Kultusministeriums, wie sie gerade auch beim Verbändegespräch am 30.9. zum Ausdruck kommen. Das veröffentlichte 20-Punkte-Programm zur Förderung von Flüchtlingskindern stellt dabei eine Zusammenschau aller bisherigen Maßnahmen in diesem Bereich dar. Eine solche migrationspolitische Statusbestimmung ersetzt jedoch kein spezifisches Aktionsprogramm, mit dem betroffenen Schulen konkret geholfen wird. Die Einrichtung weiterer Sprachlernklassen und die damit verbundene Zuweisung von qualifiziertem Personal – dazu gehört auch eine adäquate sozialpädagogische und ggf. psychologische Begleitung der Flüchtlingskinder – sind ebenso zu sicherzustellen wie angemessene Klassengrößen und Ausstattung. Auch wird zusätzlicher Raumbedarf entstehen, weil man der Heterogenität der neuen Schülerklientel mit Differenzierungsmaßnahmen begegnen muss. Dies alles ist zu bewältigen, ohne den Regelunterricht zu beeinträchtigen.

Das eigentliche Ziel ist die mittelfristige gesellschaftliche Integration der Jugendlichen. Sie hat pädagogische Konzepte zur Voraussetzung, die den individuellen Unterschieden des Einzelnen wie seinen besonderen Fähigkeiten Rechnung tragen. Unterricht hat hier mehrere Aufgaben: Sprachbarrieren sind abzubauen, zugleich aber sollte - im Interesse der Zukunftssicherung – die Herkunftssprache gefördert werden. Zu bedenken ist auch, dass die Aufnahme in den Regelunterricht nicht ohne Modifikation der Anforderungen gelingen wird. Nur indem man die Potenziale der ankommenden Menschen und ihre jeweilige kulturelle Prägung bejaht, ermöglicht man ihnen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben und kann den Zustrom nicht als gesellschaftliche Belastung, sondern als Chance begreifen.

Aufgabe des Kultusministeriums ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen wir innerhalb eines ganz anders ausgerichteten, voll ausgelasteten Systems diese Entwicklung erfolgreich gestalten können. Dabei sind die regional sehr unterschiedlichen Verhältnisse der einzelnen Schulen zu berücksichtigen.

Göttingen, 30. 9. 2015

Dr. Wolfgang Schimpf

Vorsitzender NDV